



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0864 900

P/XIII/72 - 27. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Aussergewöhnliche Situation - aussergewöhnliche Mittel Von Dr. Karl Mowmer - MdB.	52
2	Eine Rakete = 500 000 000 Liter Milch Rüstung statt Hilfe für Kinder	29
3	Debatten-Nachspiel Ausgebliebene Klarstellungen	51
4 - 5	Todesurteil für den Rapacki-Plan Vertiefte Gräben zwischen Bonn und Warschau	81
6 - 7	Es regnete wiederum gefährlich Die norddeutsche Küstenlandschaft durch radioaktive Verseuchung bedroht	83

* * * * *

Aussergewöhnliche Situation - aussergewöhnliche Mittel

Von Dr. Karl Moxmer, MdB

Es ging aus, wie es zu befürchten war. Die Atom-Grossmachthungrigen warfen wieder eine Maske ab, die zu tragen ihnen noch im letzten Wahlkampf ausserst wichtig erschien. Es war nicht die letzte Maske. K.G. Kiesingers letzter Satz in der Debatte galt der Feststellung, dass unter den "modernsten Waffen" für die Bundeswehr Wasserstoffbomben nicht zu verstehen seien. Er nahm den Zwischenruf schweigend hin: "Noch nicht, erst beim nächsten Schritt!"

Die letzte Etappe auf dem grössenwahnstinnigen Wege des deutschen Teilstaates zur Atom-Weltmacht wird für Konrad Adenauer erst erreicht sein, wenn alle Beschränkungen gefallen sein werden, wenn er auch über die "absolute Waffe", die Fernrakete mit Wasserstoffsprengkopf nicht nur verfügt, sondern sie auch selbst produziert. Bis dahin werden wir in diesem geteilten Land immer wieder das trügerische Argument hören: Sollen unsere Soldaten mit Pfeil und Bogen kämpfen?

Dieser Weg zum Gipfel der Stärke ist zugleich der Weg in den Abgrund der Katastrophe. Es ist der Weg in den Atontod.

Wir bestreiten, dass die CDU-Wähler das gewollt haben. Mit der Volkstbefragung, die in dem Gesetzentwurf der SPD vorgeschlagen wird, kann die Probe aufs Exempel gemacht werden. Auch wenn es dem Kanzler gelingen sollte, diese Probe zu verhindern, wird er noch nicht über den Berg sein. Während der Grossen Debatte hat er schon einen Eindruck von der Gewalt der Geister bekommen, die er mit der von ihm gewollten Debatte heraufbeschworen hat. Mit der Abkesselung der Aussprache ist es nicht getan. Die Geister kommen im Bundestag bald wieder zum Sprechen, und draussen im Lande sind sie erst im Erwachen.

Aussergewöhnliche Situationen erfordern den Einsatz aussergewöhnlicher Mittel. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist das Wort vom drohenden Notstand gefallen. Zum ersten Mal ist von den Oppositionsparteien FDP und SPD jetzt die Forderung auf Ablösung dieser Regierung durch eine andere, von allen Parteien gebildete oder gestützte Regierung erhoben worden. Adenauer wählt atomares Wettrüsten in geteiltem Deutschland und verzichtet auf Verhandlungen über einen Friedensvertrag für das ganze, in gesicherter Freiheit lebende Deutschland. Eine Regierung unter einem anderen Kanzler, die von allen Parteien getragen oder wenigstens von allen Parteien gestützt würde, hätte eine sachlich und zeitlich begrenzte, aber für das Wohl unseres Volkes und der Welt umso bedeutendere Aufgabe: die Gefahr des Atontodes zu wenden und Entspannung und Frieden herbeizuführen.

Adenauer und der unkritische Teil seiner Anhänger glauben einen solchen Vorschlag angesichts der Mehrheitsverhältnisse des Bundestages mit Hohnlachen abtun zu können. Ihr Hohnlachen könnte auf ihren Gesichtern erstarren, wenn die parlamentarisch-arithmetische Rechnung sich als nicht ausreichend herausstellen wird. Nicht nur, dass der Beschluss von Dienstag-Nacht in unserem Volke Wirkungen auslöst, die noch nicht zu überschauen sind. Auch dieser Vorschlag einer Regierung der nationalen Konzentration, zur Rettung aus dem Atom-Rüstungswettlauf und zur Herbeiführung von Einheit und Frieden für unser Volk - dreizehn Jahre nach Beendigung des Krieges! - könnte sich als das erweisen, was die Franzosen eine idée-force nennen. Als eine Idee, die die Köpfe der Menschen ergreift - auch die Köpfe, über die Konrad Adenauer unbeschränkt zu herrschen glaubt.

Eine Rakete = 500 000 000 Liter Milch

sp- Wir lesen in der Zeitung des Schweizerischen Typographenbundes "Helvetische Typographia" einen Beitrag, den wir ohne jeden Kommentar hier wiedergeben.

"Es gibt heute 900 Millionen Kinder auf der Welt. Die nüchterne Statistik des "Internationalen Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen" besagt, dass über zwei Drittel dieser Kinder unterernährt und krank sind. Die Regierungen der Welt haben sich seit fünf Jahren bereit erklärt, gemeinsam durch freiwillige Hilfe Mittel aufzubringen, um der Jugend der ganzen Welt zu helfen. Aber diese Regierungen, die gewohnt sind, in Milliarden zu rechnen, sind hier viel sparsamer, und das Kinderhilfswerk muss immer wieder an die Parlamente und Regierungen appellieren, dieser Freiwilligkeit keine zu engen Grenzen zu ziehen.

Die Mittel, die gefordert werden, sind gering, wenn man sie beispielsweise mit Rüstungskosten vergleicht. Das Geld, das eine Rakete mittlerer Reichweite kostet, würde ausreichen, um drei Millionen Kinder in Nahen Osten von der furchtbaren Plage der dort herrschenden Augenkrankheit zu heilen; es würde ausreichen, um hundert Millionen Kinder gegen Tuberkulose zu impfen; es würde ausreichen, um acht Millionen Kinder in Afrika und Mexiko von der dort grassierenden Hautpest (Yaw) zu heilen; es würde ausreichen, um Trockennmilch zu verteilen, die fünf-hundert Millionen Glas Milch liefert.

Das Kinderhilfswerk rechnet nicht mit Milliarden, es rechnet mit einzelnen Dollars: Ein Dollar kann zwanzig Kinder von der Hautpest heilen, ein Dollar kann drei Kindern das Augenlicht bewahren, ein Dollar kann hundert Kinder gegen Tuberkulose impfen, ein Dollar kann acht Kinder vor Malaria bewahren - eine Krankheit, die heute noch jährlich 2,5 Millionen Menschen tötet. Für einen Dollar kann ein Kind gegen Lepra behandelt werden".

Debatten - Nachspiel

FB. Die Debatte des Deutschen Bundestages über die atomare Bewaffnung wird noch mehrere Nachspiele haben. Einfach, weil die Bundesregierung die ihr gestellten Fragen nicht beantwortet hat oder dort ausgewichen ist, wo Klarheit nottut. Das gilt vor allem für die Rüstungs-Dreier-Gemeinschaft Bundesrepublik - Frankreich - Italien und die sozialdemokratische Befürchtung, dass man in ihr zwar ausserhalb deutschen Territoriums aber mit deutschem Geld und deutschen Wissenschaftlern Atomwaffen produziert.

Einige Dinge wären aber auch schon in der Debatte selbst zu klären gewesen, wenn man den guten Willen dazu gehabt hätte. In seiner ersten Rede hat der Abgeordnete Fritz Erler (SPD) eine Rede des Bundeskanzlers vom 7. Okt. 1954 im Deutschen Bundestag zitiert. Damals hat Dr. Adenauer gesagt:

"Nun, ein solches Beispiel hat die Bundesrepublik in London gegeben, als sie erklärt hat, dass sie den Gebrauch dieser fürchterlichen Waffen der Massenvernichtung, die allein doch schliesslich auch Sowjetrussland schrecken könnten, verzichte und sich einer besonders strengen Kontrolle, dass dieser Verzicht innegehalten wird, zu unterwerfen bereit sei."

Der Bundeskanzler hat darauf unmittelbar geantwortet und sozusagen die Stenographen des Bundestages bezichtigt, sie hätten etwas Falsches ins Protokoll gebracht. Nach seinen Angaben habe er gesagt:

"In diesem Zusammenhang haben die Bundesrepublik, Belgien und Holland freiwillig auf die Herstellung von Waffen für die Atomkriegführung sowie für den bakteriologischen und chemischen Krieg verzichtet! Ich wiederhole: auf die Herstellung. Sie haben insofern recht, als merkwürdigerweise - ich werde den Herrn Bundestagspräsidenten bitten, das aufzuklären - in den Protokoll über die Sitzung vom 7. Oktober, in dem das Thema noch einmal zur Sprache kommt, plötzlich statt "Herstellung" - "Gebrauch" steht."

Diese Aufklärung ist in der Zwischenzeit erfolgt, ohne dass der Bundestagspräsident dem Hause das Ergebnis bisher bekanntgegeben hat. Es steht nämlich fest, dass beide Stenographen in der Sitzung am 7. Oktober 1954 das Wort Gebrauch festgehalten haben. Nun bestände noch die Möglichkeit eines Irrtums, aber auch das kann nicht der Fall sein, denn das Stenogramm dieser Bundestagssitzung ist vom Bundeskanzler genehmigt und für richtig anerkannt worden.

Auch ein zweiter Vorgang muss aufgeklärt werden, nämlich, warum der Zwischenruf des Abgeordneten Bausch nicht mehr zur Sprache kam, als er dem Abgeordneten Döring, der auf mögliche Hochverratsprozesse gegen Bundestagsabgeordnete anspielte, "hoffentlich bald" zurief. Der Präsident hat in der Sitzung zugesagt, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Das ist nicht geschehen. Es wird zu untersuchen sein, in welcher Form dieser Zwischenruf des Abgeordneten Bausch zu ahnden ist, aber auf keinen Fall dürfte es zulässig sein, dass ein Mitglied des Hauses dem anderen wünscht, dass recht bald ein Hochverratsprozess gegen ihn beginne.

Das sind nicht die beiden einzigen Vorfälle der letzten Sitzung, die aufzuklären sind. In beiden Fällen aber handelt es sich um besonders dringende Angelegenheiten, deren Aufklärung und Bereinigung man nicht auf die lange Bank schieben sollte.

Todesurteil für den Rapacki-Plan

sp.- Kein Zweifel kann mehr bestehen: Über den Rapacki-Plan hat eine willfährige und zur Abstimmungsmaschine degradierte Bundestagsmehrheit das Todesurteil gesprochen. Wo blieb hier die Solidarietät der "Abendländer"? Gehört Polen nicht mehr zum Abendland? Hat es die Christlich-demokratische Union abgeschrieben?

Man muss noch einmal in Erinnerung bringen: Der Gedanke der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Mitteleuropas war, wenn man es so will, eine Frucht der polnischen Oktoberrevolution, war der erste, eigener Initiative entsprungene Schritt der polnischen Außenpolitik. Lange hat die Sowjetunion mit ihrer Zustimmung gezögert - bei den Ulbricht-Leuten in der Zone stiess er aus sehr verständlichen Gründen zunächst auf offene Ablehnung. Zwischen Pankow und Warschau besteht nicht gerade das herzlichste Einvernehmen, ja gegenseitiges Misstrauen. Der unter Gomulkas Führung erfolgte Abbau des Polizeiregimes, die Beseitigung der Stalinisten und Russophilen aus wichtigen Staats- und Parteiposten, das von Spannungen fast freie Verhältnis von Staat und Kirche sind für das Pankowregime höchst unerfreuliche, weil zur Nachahmung verleitende Errungenschaften. Die Verfolgung rebellierender Studenten an den Hochschulen Mitteldeutschlands und die Belegierung von Hochschulprofessoren zeugen von der für die SED gefährlichen Ansteckung durch die Warschauer Luft.

Für das SED-Regime bringt der Beschluss der Regierungsparteien, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, eine unübersehbare Verlängerung seiner Lebensdauer; sicherer als je seit dem Zusammenbruch kann sich Ulbricht auf seinen Sessel fühlen. Das Nein zum Rapacki-Plan ist ein Ja zur Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung. Eine der wenigen noch vorhandenen Klammern des gesamtdeutschen Zusammenhalts, die evangelische Kirche, bekommt es heute schmerzlich zu spüren, ihre Stellung in der zweiten Hälfte Deutschlands ist schwer bedroht, neue Verfolgungen und Drangsalierungen zeichnen sich ab. Offensichtlich steuert Pankow auf die vollständige Isolierung der Kirche hin. Bedrückend, wie leicht die CDU darüber hinweggeht, wie sie mahnende, ja beschwörende Stimmen in den Wind schlägt. Den 17 Millionen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs wurde das Tor zur Wiedervereinigung verschlossen. Sie sehen sich einem Regime auf

unbestimmte Zeit ausgeliefert, das nicht Blut von ihrem Blute und nicht Fleisch von ihrem Fleische ist.

Die deutschen Exekutivorgane der russischen Deutschlandpolitik haben Grund, darüber froh zu sein. Ihre Herrschaft bleibt unangestastet, sie können und werden sich darin noch häuslicher einzurichten wissen als zuvor. Für Warschau aber bedeutet die Entscheidung Bonns das jähe Ende bescheidener Erwartungen. Es gehörte ja zu den Vorzügen des Rapacki-Plans, wie verbesserungsbedürftig er auch im einzelnen sein mochte, dass er nicht nach den Sternen griff, sondern eine Grundlage sein sollte, in gefährdetsten und spannungsreichsten Gebiet Europas dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten. Die Polen, sonst als Romantiker verschrien, bekundeten damit einen an furchtbaren Erfahrungen gereiften Wirklichkeitssinn. Die Grenzen polnischer Handlungsfreiheit sind durch die unmittelbare Machtherrschaft der Sowjetunion gesetzt. Das Ringen um mehr innere Freiheit und äussere Unabhängigkeit, ausgelöst von der Oktoberrevolution, hatte immerhin den Erfolg, den unmittelbar von der Sowjetunion auf Polen ausgeübten Druck zu mindern und ein verhasstes Polizeiregime zum Verschwinden zu bringen.

Diese Leistung nötigt Respekt ab. Auch wir sollten den Respekt nicht versagen, denn wenn irgendwo in der Welt ein Stück Freiheit mehr erkämpft wird, gibt es auch Hoffnung für andere Völker.

Soll das nur eine Episode gewesen sein? Der Beschluss der Bundestagsmehrheit muss Polen schockieren und irritieren. Alte Resentiments werden mit Macht wieder aufkommen. Die Furcht vor Deutschland wird das polnische Deutschlandbild wieder wesentlich bestimmen. Und das ist nicht gut. Der Rapacki-Plan lief, in den letzten Konsequenzen gedacht, auf eine Verminderung des russischen Interesses an Polen als ein vorgeschobenes Militärglacié hinaus. Ein mit Atomwaffen ausgerüstetes Westdeutschland wird jedoch das russische Interesse an Polen erhöhen und Polen zwangskäuflich mit in das atomare Wettrennen einbeziehen. Matadore, abgefeuert von westdeutschem Boden, erreichen nicht Moskau, aber mit tödlicher Sicherheit Warschau. Wer will es Polen verargen, wenn es nun durch stärkere Anlehnung an die Sowjetunion Schutz sucht?

So wird ein in Furcht versetztes Polen wieder in die Arme Moskaus zurückgetrieben. Hier beginnt der Verrat an Europa, zu dem auch Polen gehört. Eine mit atomaren Waffen ausgerüstete Bundeswehr trennt uns stärker als jemals zuvor von jenem Volk und Land, das viele Jahrhunderte mit uns in wechselvoller Geschichte verbunden war und dessen Zustimmung wir ja auch benötigen, wenn wir jemals zur Wiedervereinigung kommen werden. Bonn richtet zwischen sich und dem östlichen Nachbarn neue Gräben auf, statt Brücken zu schlagen, wie es unsere und die europäische Lage gebietet. Ist das die viel gerühmte Aktivierung der deutschen Ostpolitik?

Es regnete wiederum gefährlich

EKO.-- Das Bemühen der Bundesregierung, die Gefahren des Atomtodes und der atomaren Verseuchung zu bagatellisieren, wird durch einen Vorgang deutlich, der jetzt an der Nordseeküste, in Nord- und Ostfriesland, bekannt geworden ist. In diesen Landstrichen fehlt es bekanntermassen an Trinkwasser, und deshalb verwendet die Bevölkerung seit Menschengedenken Regen. Es heisst nun im allgemeinen, dass Regenwasser keine sonderlichen radioaktiven Gefahren, zumindest nicht für die Menschen biete, weil es nicht getrunken werde. Soweit es sich um die Landstriche und Bevölkerung der norddeutschen Küste handelt, stimmt die Hypothese keinesfalls. Vielmehr hat es sich gezeigt, dass es dort "gefährlich regnet" und dass vor allem die auf dem Lande, in den Dörfern und Siedlungen lebenden Menschen in einer geradezu verheerenden Masse durch den regelmässigen Genuss des radioaktiven Regenwassers gefährdet sind. Dazu muss keineswegs, wie es jetzt wieder in Japan zu Beginn einer neuen "Testsaision" nuklearer Bomben der Fall ist, fortdauernd die "Toleranzdosis", also die noch gerade zulässige Strahlungsmenge, überschritten werden. Es ist leider so, dass auch die regelmässige Aufnahme von Regen, der nur geringe radioaktive Ablagerungen enthält, den Organismus dauernde, schwere Schäden zufügen kann.

In aller Stille hat sich auf Nordsee- und Ostsee- Küste eine Beobachtergruppe zur Messung der radioaktiven Gehalte im Regen niedergelassen. Eine Kontrollstation wurde eingerichtet. Wer aber dorthin kommt und Auskunft über die Ergebnisse der Kontrollen haben möchte, erfährt schroffe Ablehnung. Die Station, so berichten Eingeweihte, möchte unbeachtet bleiben. In der Tat weiss die Bevölkerung an der Küste nichts davon. Sie kennt ebensowenig die ernste Bedrohung ihrer eigenen Gesundheit.

Der globale, radioaktive "fallout", der ertümpfende Ausfall nach den Testexplosionen, findet, wo und wann es gerade der Zufall will, statt. Es lässt sich darin nichts durch Menschen voraussehen. Wir haben es noch 1957 erlebt, dass die zulässige Dosis, die "Toleranzquote", der radioaktiven Gehalte im Regenwasser Bayerns um mehr als das Tausendfache überschritten worden war. Zu jeder Stunde kann sich Gleiches in Nord- und Ostfriesland ereignen. Aber nicht nur das Regenwasser an der Küste verseucht. Es sind auch andere der natürlichen Lebensbedingungen unserer Küstenbewohner, vor allem der Fischer, bedroht. Eingehende Untersuchungen lassen keinen Zweifel darüber, dass die Mikroorganismen des Meeres radioaktive Spaltprodukte in sich aufspeichern und dass dabei ihre Radioaktivität tausendmal so gross wie die des Wassers wird. Diese Radioaktivität der Mikroorganismen, der Algen und winzigen Meerestiere, wird durch die Nahrungsaufnahme auf die Fische übertragen. Damit ergibt sich eine zusätzliche Quelle der Verseuchung, die im Übrigen für sämtliche Wasserläufe der Bundesrepublik zutrifft.

26. März 1958

In diesem Zusammenhang sei auf einige Tatsachen verwiesen, die bisher verschwiegen wurden: Nach einer der Test-Explosionen im Südpazifik wurden im März 1954, mehr als 20 Meilen von der Küste entfernt, ganze Bootsladungen von Fängen radioaktiv verseuchter Fische eingebracht. Aus dem Fanggebiet entnommene Wasserproben liessen jedoch keinerlei Zunahme der Radioaktivität erkennen. Andere bemerkenswerte, sehr beängstigende Einzelheiten wurden ermittelt: Unter dem Fang waren bestimmte Mengen ungeniessbar verseucht, bei anderen war die Verseuchung weniger stark fortgeschritten. Immer aber zeigte sich, dass im roten Teil des Fleisches eine zehn- bis hundertfache Aktivität, im weissen Fleisch jedoch eine weit geringere Verseuchung vorhanden war. Man fand, dass mehr als die Hälfte der Aktivität von Zink 65 herrührte, dessen relative Häufigkeit in Spaltprodukten extrem klein ist. Jedenfalls war die Konzentration dieser strahlenden Materie in den Fischen jedoch sehr viel grösser als im verseuchten Meereswasser.

Weiter muss eine nüchterne Feststellung beachtet werden:

Als unmittelbare Folge der nahezu hundert Testexplosionen von "Schmutzigen Bomben" in West und Ost sind mindestens hundert Pfund eines der furchtbarsten Spaltprodukte der Uran-Kernspaltung in die Stratosphäre und darüber hinaus geschleudert worden. Ring- und Strahlenströme, die weit über uns dahinziehen, haben längst einen Zentner und mehr der radioaktiven Isotope Strontium 89 und Strontium 90 aufgenommen.

Nach zufälligen meteorologischen Bedingtheiten rieseln diese Substanzen in kaum wägbaren Mengeneinheiten auf die Erde und beginnen damit ihr zerstörendes Wirken. Jedes radioaktive Strontium-Isotop ist ein Beta-Strahler. Es trifft nicht die Erbmasse, aber es löst furchtbare Krankheiten aus. Zugleich lagern in den Räumen über uns auch Uran 235, Plutonium, weiter bedrohliche Massen des radioaktiven Kohlenstoffs (C 14) und das heimtückische Isotop Jod 131. Es ist ein Gammastrahler, vermag daher rezessive Mutationen, unerwünschte Veränderungen der Erbanlagen, hervorzurufen und birgt daher für ganze Geschlechterreihen Gefahren. Das Regenwasser enthält stets von neuem, insbesondere nach den Tests von "Super"-H-Bomben mit dem Mantel des Uran 238 reichliche, verheerende Mengen dieser radioaktiven Materien.

Es zeigen sich damit unwägbare, in ihrem Umfang noch gänzlich unerforschte Gefahren. Jedenfalls lauert der Atomtod auch an den Bundesdeutschen Küsten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel